

An den
Bundespräsidenten
Roman Herzog
Bundespräsidialamt
Kaiser-Friedrich-Straße 16

53105 Bonn

Köln, den 25.10.1996

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

ich möchte Ihnen heute meine Beweggründe zur Ablehnung des Bundesverdienstkreuzes darlegen. Ich lehne die Verleihung der von Ihnen überreichten Ehrung aus Protest gegen den Beschluß der Innenministerkonferenz ab, zum 1. Oktober 1996 mit der „Rückführung“ der bosnischen Flüchtlinge nach Bosnien-Herzegowina (BiH) zu beginnen.

Diesen Beschluß halte ich aus mehreren Gründen für zutiefst inhuman:

1. Der Winter steht vor der Tür und die Versorgungslage in BiH ist jetzt schon katastrophal. Eine Million Einwohner und 1,4 (!) Millionen Binnenflüchtlinge im Lande sind zu 80 % von humanitärer Hilfe abhängig, 60% des Wohnraums sind zerstört, Infrastruktur und Wirtschaft liegen nach wie vor am Boden. UN-HCR protestiert gegen die Rückführungsbeschlüsse, er kann die schon jetzt prekäre Versorgung kaum gewährleisten, noch viel weniger unter Winterbedingungen. Weder öffentliche Einrichtungen noch Privatunterkünfte verfügen über Raum für zusätzliche Menschen. Ich kenne Flüchtlinge aus der Region Prijedor, die seit Sommer 1992 in einem Flüchtlingsheim in Zenica ausharren: In dieser ganzen Zeit hatten sie keine Arbeitsmöglichkeiten, keine menschenwürdigen Wohn- und Sanitäreinrichtungen, keine Privatsphäre. Ihr Hab und Gut wurde gestohlen oder zerstört, sie haben Folter und Demütigungen erlebt. Sie sind krank an Körper und Seele und ohne jegliche Lebensperspektive. Zur Zeit sehen sie voller Angst dem fünften (!) Kriegswinter entgegen - nun sollen sie den engen Raum und die wenige Nahrung mit noch mehr Menschen teilen...
2. Die politischen Richtlinien des Vertrages von Dayton sind noch nicht verwirklicht worden. Ihre Realisierung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine Rückkehr der Hunderttausenden von Flüchtlingen: Die Macher von Dayton hatten diesen Anspruch eines ungeteilten Bosniens - unter ihnen auch der bundesdeutsche Außenminister. Die derzeitige Realität ist jedoch eine ganz andere: Nach wie vor müssen muslimische und kroatische Bosnierinnen und Bosnier um ihr Leben fürchten, wenn sie sich denn über die „ehemalige“ Frontlinie in Richtung ihrer Heimatorte bewegen. Bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen mußten diese Menschen bei der Ausübung ihrer Bürgerrechte von IFOR geschützt werden - zum Teil in extra für sie aufgestellten Wahllokalen außerhalb der Orte! In diese Orte wollen der deutsche Innenminister und seine Kollegen die bosnischen Flüchtlinge „nach Hause“ zurückschicken. Frauen, die brutalste Vergewaltigungen durch ihre Nachbarn überlebt haben, sollen in den Ort ihrer Qual zurückkehren! Dies kann erst möglich sein, wenn wenigstens ein Teil des Unrechts öffentlich benannt, Täter verurteilt und die Überlebenden willkommen sind. Die Botschaft der serbischen Nachbarn ist unmißverständlich: Bleibt, wo Ihr seid! Daran konnten NATO-Luftangriffe, Unterschriften im fernen Dayton und IFOR-Präsenz noch nichts ändern. Ein Beispiel: Oktober 1996. Bosnische Menschen, die seit über 20 Jahren in Deutschland leben, wollen ihre muslimischen Verwandten in Livno besuchen. Livno liegt im sogenannten „kroatischen“ Teil des Föderationsgebietes, in dem nur wenige muslimische Familien dem Terror

standgehalten haben. Die Besucher werden im Bus kurz vor Einfahrt in den Busbahnhof aufgefordert, auszusteigen, denn ein aus dem „muslimischen“ Zenica kommender Bus darf nicht in den „kroatischen“ Busbahnhof einfahren. Der Taxifahrer des Wagens, mit dem sie weiterfahren wollten, lehnte die Fahrt ab: „In das muslimische Viertel fahre ich nicht!“ Es braucht nicht viel Phantasie, um sich das Leben derjenigen vorzustellen, die in dieser Stimmung nunmehr seit drei Jahren ausharren.

3. Der größte Teil der bosnischen Frauen und Männer, die die Vertreibungs- und Vernichtungsmaschinerie der serbischen und später kroatischen Aggressionen überlebten, haben eine Holocaust-Situation erlebt: massive körperliche und seelische Verletzungen durch physische, sexuelle und psychische Folter, ständige Todesangst, das Miterleben von Mord und Folter an anderen Menschen, oft Familienangehörigen, den Verlust von jeglicher Kontrolle über das eigene Leben über Wochen und Monate hinweg.

Wenn diese Verletzungen nicht verarbeitet werden, wirken sie fort und führen zu Selbstzerstörung und Zerstörung der Beziehung zu anderen. Auch nach der Flucht in ein sicheres Land wie Deutschland ist die Tortur nicht zu Ende: Auch das Leben im Exil ist ein Teil des Traumas. Der Berliner Psychologe David Becker sagt, daß jeder Flüchtling sich mitten in einer traumatischen Situation befindet, die dann im Exilland besser oder schlechter ablaufen kann und sich potenziert, wenn negative Umstände dazukommen.

Herr Herzog, wie liefen die vergangenen Jahre für die bosnischen Flüchtlinge im Exilland Deutschland ab? Weder bekamen sie die dringend erforderliche Therapie- und Arbeitsmöglichkeit, noch als Überlebende eines Genozids einen sicheren Aufenthaltsstatus. Auf die schwer verwundeten Seelen der Menschen wurde keine Rücksicht genommen. Ich muß Ihnen leider mitteilen, daß viele der Betroffenen seit der Veröffentlichung des Beschlusses in eine schwere Krise gestürzt sind.

Ich finde es angemessen, daß Deutschland aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit einen großen Teil der vor der serbischen und kroatischen Bedrohung geflohenen Menschen hier aufgenommen hat. Den oft gehörten Hinweis, die Bundesrepublik hätte im internationalen Vergleich doch die größte Anzahl von bosnischen Flüchtlingen aufgenommen, finde ich peinlich. Meines Erachtens sind die deutsche Geschichte und der heutige Wohlstand eine moralische Verpflichtung.

Aufgrund ihres nur geduldeten Status konnten sich die Flüchtlinge in Deutschland nie sicher fühlen, erst recht nicht seit dem Beschluß der Innenministerkonferenz. Unter diesen Flüchtlingen befinden sich auch Zeugen und Zeuginnen für das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Wäre es nicht für die Kooperation mit Den Haag im Interesse der Aufklärung begangener Kriegsverbrechen eine Selbstverständlichkeit, diesen Menschen einen sicheren Aufenthaltsstatus zu gewähren?

Der deutsche Verteidigungsminister betont nach einer aktuellen Einschätzung der Lage die Notwendigkeit des weiteren Verbleibs der IFOR-Truppen in Bosnien. Gleichzeitig verkündet Herr Kanther den Beginn der „Rückführung“ in ebendiese noch unsicheren Gebiete Bosniens. Die Berichte, die zu Herrn Rühes Einschätzung führten, kenne ich, ein Beispiel habe ich Ihnen unter Punkt 2 angeführt. Die Entscheidung von Herrn Kanther hingegen muß aus völliger Unkenntnis der nach wie vor dramatischen Lage in Bosnien und einer kalten Ignoranz den Überlebenden gegenüber entstanden sein.

Flüchtlinge in Berlin berichten mir, daß sie in den letzten Tagen Bescheide mit der Aufforderung zur Rückkehr bekommen haben. „Zurück nach Srebrenica“ lautet der handschriftliche Vermerk. Damit wird sämtliche humanitäre Hilfe der letzten Jahre für diese Menschen mit einem Schlag ad absurdum geführt.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, es war mir ein Anliegen, Sie über die verzweifelte Lage der bosnischen Flüchtlinge zu informieren. Ich appelliere an Sie, Einfluß zu nehmen auf eine Politik, die Menschen, welche die Hölle überstanden haben, erneut in Verzweiflung und Suizidalität treibt. Die moralische Kraft der demokratischen Bundesrepublik Deutschland muß sich unter anderem daran messen lassen, wieweit sie sich in ihrer Politik für Überlebende eines Genozids einsetzt.

Mit freundlichen Grüßen
(Dr. Monika Hauser)